

# Pressemitteilung

Paderborn, den 13.08.2014



## Wahlgetöse um das Betreuungsgeld Qualität von Betreuung droht auf der Strecke zu bleiben

In unangemessener Weise werden Frauen (Eltern) an den Pranger gestellt, wenn sie es wagen, ihr unter dreijähriges Kind nicht in die Kita zu geben, sondern es lieber selbst betreuen und dafür das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen.

In der öffentlichen Diskussion geht es nicht um das Wohl von Kindern und die Wahlfreiheit von Eltern bei der Umsetzung ihres Lebensentwurfes. Staat, Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände messen alle familienpolitischen Leistungen nur noch an ihren wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Wirkungen. Ein Trauerspiel auf Kosten von Kindern, da der Staat und die Wirtschaft nicht in der Lage sind, Eltern die qualitativen Standards zu garantieren, die diese aber erwarten dürfen und müssen, wenn Kinder immer früher in öffentlichen Einrichtungen betreut werden sollen.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft misst die gesellschaftliche Leistung von Frauen nicht an der Familie, sondern an ihrer möglichst schnellen Rückkehr an den außerfamiliären Arbeitsplatz.

Für den Staat, so preist das Institut die Fremdbetreuung an, **verzinst** sich sein Einsatz in der Kindererziehung mit rund 8 Prozent. Klasse für den Staat, aber ist es dies auch für die Kinder? „Kinder sind in der Kita besser gefördert“, so die nassforsche Gangart des Instituts. Eltern und Kinder sitzen gemeinsam im Rendite-Topf und die Rendite ist das Maß aller Betrachtungen.

Bei den Parteien tun sich insbesondere Manuela Schwesig (SPD) und Katrin Göring-Eckhardt (Grüne) hervor und werden nicht müde an vorderster Front neuerlich Stimmung gegen das Betreuungsgeld zu machen. Interessen von Eltern und Kindern spielen auch hier eine untergeordnete Rolle.

„Kita-Ausbau“ statt Betreuungsgeld lautet die Devise. Suggestiert wird unterschwellig, dass diejenigen Eltern, die sich für die Betreuung der Wickelkinder in der Familie entscheiden, die Verantwortung dafür trügen, falls irgendwo in der Republik eine Kita-Platz fehlt.

Wenn man schon die fiskalische Brille aufsetzt, dann sollte man fairerweise auch deutlich machen, das dem Staat jeder Krippenplatz rund 11000 € im Jahr kostet. Eltern, die sich für die Betreuung ihres Kindes entscheiden erhalten 1200 €. Eltern sind Steuerzahler und finanzieren durch ihre Arbeit die „Wohltaten“ die der Staat gerne verteilt. Es handelt sich also um Geschenke an Eltern, die diese durch ihre Steuern und Elternbeiträge selbst mit finanzieren. Auf die Qualität der „Geschenke“ haben sie nur sehr geringen Einfluss.

Aber um Geld sollte es letztlich nicht gehen sondern darum, wo ein Kind nach Auffassung seiner Eltern für seine körperlich, geistige und seelische Entwicklung besser aufgehoben ist. In der Kita oder in der Familie. Erfahrene Eltern wissen, dass diese Entscheidung für jedes Kind anders ausfallen kann.

„Maßstab muss das Wohl des Kindes sein und hier tragen Eltern die Verantwortung“, so die Forderung des Familienbundes der Katholiken im Erzbistum Paderborn. Auf Kosten der Entwicklung von Kindern darf keine einseitige arbeitsmarktpolitische Politik betrieben werden. Politik und

# Pressemitteilung

Paderborn, den 13.08.2014

Arbeitgeber sind aufgefordert nicht einseitig der Ideologie der Ganztagsbetreuung nachzuhängen, sondern mit den jungen Eltern im Betrieb Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, die den Interessen von Eltern und Kindern in den unterschiedlichsten Lebenslagen von Familie gerecht werden.

Die Ökonomisierung der Bürger, der Nutzen des Einzelnen für Staat und Arbeitgeber darf nicht das Maß aller Dinge sein. Das Schauen auf Rendite hat nur Sinn, wenn die öffentlichen Einrichtungen über ausreichende und qualitativ sehr gute Rahmenbedingungen verfügen. Einsparungen bei den Ressourcen für Bildung und Betreuung lassen die theoretische Rendite schnell schmelzen und könnte langfristig sogar zu Verlusten führen, die dem Staat und damit dem Bürger teuer zu stehen kommen.

Darum sollten Eltern streitbar sein und genau hinhören und prüfen, was ihnen von Staat, Politik und Wirtschaft abverlangt wird und sich einmischen, damit die Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sie für ihr Leben benötigen.

## **Aktuell fordert der Familienbund im Bereich der Kindertageseinrichtungen:**

- eine Beibehaltung der bisherigen U3-Gruppenstärke, da größere Gruppen die Kinder massiv überfordern,
- eine Verbesserung des bisherigen Betreuungsschlüssels, um ErzieherInnen und Kindern gleichermaßen gerecht zu werden,
- eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung für Kommunen und private Träger beim Kita-Ausbau, da sich insbesondere die privaten, meist kirchlichen Träger den Erhalt der Kitas nicht mehr leisten können.
- eine stärkere Anwerbung von qualifizierten Auszubildenden für den Erzieherberuf, damit wir weiterhin gut qualifizierte ErzieherInnen haben, die auch dem Bildungsauftrag der Einrichtungen gerecht werden.
- eine Steigerung der Attraktivität des Erzieherberufs durch Gehaltserhöhungen und einen Abbau an administrativen Tätigkeiten.
- flexiblere Öffnungs- und Belegzeiten für Eltern, die ihren familiären Ansprüchen Rechnung tragen.